

Stadt Bergkamen

Sitzung des Rates am 4. Februar 2010

Rede des I. Beigeordneten und Stadtkämmerers Horst Mecklenbrauck



...natürlich
BERGKAMEN

Haushalt 2010/2011

Einbringung des Haushaltes einschl. Haushaltssicherungskonzept in den Rat der Stadt Bergkamen am 4. Februar 2010 (Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren von Rat und Verwaltung,
liebe Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt,

wir müssen Ihnen heute einen Haushaltsentwurf für die Finanzplanung bis 2014 vorlegen, der einen Tiefpunkt der haushaltswirtschaftlichen Lage der Stadt Bergkamen darstellt.

Mit einem Defizit von 51,3 Mio. € in der Finanzplanung des Ergebnisplanes 2010 bis 2014 stehen ganz schwierige Haushaltsplanberatungen an. Das Defizit ist nicht schlechter Haushaltsführung geschuldet, sondern spiegelt - ähnlich wie in anderen Kommunen landauf, landab - die prekäre finanzielle Situation der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen wider. Ein sprunghaft gestiegenes Defizit im Jahr 2009 von eingeplanten 3,7 Mio. € auf 10,6 Mio. €, rasante Gewerbesteuerausfälle, ausufernde Kassenkredite, Haushaltssicherungskonzepte vielerorts - das sind nur einige der Schlagzeilen, denen wir tagtäglich begegnen.

Für Bergkamen ist das nur ein schwacher Trost. Wegbrechende Steuereinnahmen, deutlich gesunkene Schlüsselzuweisungen durch das Land bei gleichzeitig steigenden Umlagekosten und wachsenden Aufgaben, die von Bund und Land den Kommunen zugewiesen werden, führen zu dieser dramatischen Entwicklung. Wie dramatisch und im Moment unabänderlich die Situation unseres Haushaltes ist, habe ich Ihnen bereits Ende des vergangenen Jahres in einer Vorlage mit den Eckwerten der zu erwartenden Finanzplanung dargestellt.

Wir müssen Steuern und Gebühren erhöhen und damit nahezu alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt spürbar belasten. Eine Erhöhung der Grundsteuer A und B und der Entwässerungsgebühren haben Sie bereits in der Dezember-Sitzung beschlossen. Ebenfalls zum Programm, um die Erträge zu verbessern, gehört die Erhöhung der KiTa-Beiträge, sozial gestaffelt nach Einkommen. Gleichzeitig reduzieren wir unsere freiwilligen Leistungen und Zuschüsse und schränken damit unsere Angebote gegenüber den Bürgern ein.

Trotz dieser Maßnahmen verbleibt ein Defizit im Ergebnisplan von 20 Mio. € im Jahr 2010 und 9 Mio. € im Jahr 2011. Damit wird eine nie gekannte und bisher auch nicht für möglich gehaltene Größenordnung erreicht. Innerhalb kürzester Zeit hat sich damit die finanzielle Lage der Stadt Bergkamen verdüstert. Wie ist es dazu gekommen - vor allem so schnell und so gravierend?

Ich darf, meine Damen und Herren, in Erinnerung rufen, dass am 19. April 2007 die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute Politik und Presse mit einer unerwartet guten Nachricht überraschten: Schon ein Jahr später, so prognostizierten die Forscher in ihrem

Frühjahrgutachten, würden Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland ohne neue Schulden auskommen. Und die Vorhersage stimmte sogar: 2008 verbuchten die öffentlichen Haushalte tatsächlich einen kleinen Überschuss. Nur: Schon 2009 riss die tiefste Wirtschaftskrise seit der großen Depression neue gigantische Löcher in die Staatskassen.

Das Beispiel zeigt: Selbst Prognosen, die sich als richtig erweisen, sind mitunter nicht viel wert. Schließlich kann die Welt schon morgen völlig anders ausstehen. Diese Unsicherheit aber können auch die besten Prognostiker nicht abbilden - ein Umstand, den sie bei der Präsentation ihrer Zahlen gerne unter den Tisch fallen lassen und der den Lesern der Prognose oft nicht bewusst ist. Die Finanzkrise hat gezeigt: Trotz - oder vielleicht wegen - des technologischen und wissenschaftlichen Fortschritts wird die Zukunft immer weniger prognostizierbar.

Und dass die Krise auch 2010 noch bei vielen nicht angekommen ist, liegt daran, dass die Regierungen und Notenbanken global mit über 20 Billionen € die Katastrophe abgewendet haben. Ob das der richtige Weg war, muss sich noch erweisen, denn diese unfassbare Summe hängt nun an den Schuldenständen der öffentlichen Haushalte und der Notenbanken.

Und das Schlimme ist: An den Verhaltensweisen, die in die Krise führten, hat sich weltweit nicht viel geändert. Nach zwei geplatzten Blasen in einem Jahrzehnt scheint es so, als wenn „Gelddruckerei“ bisher die einzige gegebene Antwort ist.

Dies führt zur gigantischsten Umverteilung aller Zeiten! Die Steuerzahler stehen in der Haftung, und noch mindestens eine weitere Generation wird mit dem Schuldenabbau belastet werden wegen des kollektiven Versagens der Banken und deren staatlicher Aufsicht. Statt nun den Schuldenabbau unverzüglich anzugehen, plant der Bund eine Neuverschuldung für 2010 von 86 Mrd. €. Der Bundesfinanzminister verteidigt die Rekordneuverschuldung als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, erst 2011 wird aber das Jahr der Wahrheit. Die Kommunen müssen davon ausgehen, dass im Laufe des Jahres 2010 die Finanzierung für sie teurer wird. Die EZB verabschiedet sich langsam von ihrer Niedrigzinspolitik und dreht den Geldhahn, mit dem sie hohe Volumina an kurzfristigen Mitteln in den Markt gepumpt hat, wieder zu.

Höhere Zinsen werden Kassenkredite teurer machen und auch die Kosten für langfristige Investitionskredite werden steigen! Und schließlich müssen wir ab 2012 den städtischen Anteil am KP II in Höhe von 786.000 € aufbringen.

Meine Damen und Herren, das NKF regelt in Nordrhein-Westfalen, dass ein Haushaltsausgleich so lange - zumindest fiktiv - gegeben ist, wie die Ausgleichsrücklage in Anspruch genommen werden kann. Diese ist mittlerweile verzehrt, und im Jahr 2009 mussten wir erstmals die allgemeine Rücklage in Anspruch nehmen. Hierfür haben wir auch die Genehmigung der Kommunalaufsicht erhalten. Ich darf in Erinnerung rufen, dass mit Umstellung auf das NKF zum 01.01.2007 in Bergkamen ein nicht zahlungswirksamer Mehraufwand in Form von

Nettoabschreibungen und Pensionsrückstellungen in einer Größenordnung von ca. 9,5 Mio. € jährlich auf uns zukam, der den Haushaltsausgleich massiv erschwerte. Dass dies im ersten NKF-Jahr 2007 nicht sofort ins allgemeine Bewusstsein drang, lag an der beschriebenen Möglichkeit, das Defizit im Ergebnisplan durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage auszugleichen. 2009 und natürlich auch in den Folgejahren ist der Haushalt nicht mehr auszugleichen, sondern wir verzehren unser Eigenkapital durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage. Ein ausgeglichener Haushalt ist damit weiter entfernt denn je. Und, meine Damen und Herren, weil die Verringerung der allgemeinen Rücklage an zwei aufeinander folgenden Jahren um mehr als 5 %, und zwar im Jahr 2010 um 24,2 % und im Jahr 2011 um 14,3 %, notwendig ist, ergibt sich das Erfordernis zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes oder bei Verzicht hierauf der Weg ins Nothaushaltsrecht mit den Ihnen in der Dezembersitzung beschriebenen Restriktionen.

13.

Meine Damen und Herren, Dante, der im ~~10.~~ Jahrhundert lebende italienische Dichter und Politiker, hat alternierende Möglichkeiten einmal mit dem Satz beschrieben:

„Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt,
der andere packt sie kräftig an und handelt.“

Rat und Verwaltung haben sich im Dezember 2009 für den zweiten Weg und damit für die Aufstellung eines genehmigungsfähigen HSK entschieden!

Ich bin daher sicher, dass das Haushaltssicherungskonzept mit den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen im Mittelpunkt Ihrer Beratungen in den Fraktionen stehen wird. Ihnen ist bekannt: Ein genehmigungsfähiges HSK ist nur zu erreichen und ein Nothaushaltsrecht zu verhindern, wenn im Jahr 2014 keine Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage und damit kein weiterer Eigenkapitalverzehr mehr stattfindet. Die Verwaltung legt Ihnen ein Konsolidierungsprogramm vor, das insgesamt 11,2 Mio. € Potenziale beschreibt. Wenn Sie, meine Damen und Herren, letztlich dieses Paket beschließen, kann der Nothaushalt abgewendet und das eigentliche Ziel erreicht werden, im Jahr 2014 einen ausgeglichenen Haushalt, sprich eine „schwarze Null“ darstellen zu können. Wichtig: Wir sind dann nicht bilanziell überschuldet, sondern verfügen ab 2014 noch über ein positives Eigenkapital von 42,7 Mio. €! Ich denke, der Regierungspräsident wird es wohlwollend zur Kenntnis nehmen und anderslautende Pressemitteilungen revidieren!

Das Haushaltssicherungskonzept beschreibt im Detail die Konsolidierungsbemühungen. Wenn Haushaltskonsolidierung gelingen soll, dann kann kein Bereich ausgeklammert werden. Von Norbert Blüm stammt der Ausspruch „Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum“. Wir wissen, meine Damen und Herren, natürlich um diese Problematik und verfahren daher sehr transparent. Jeder wird sehen können, was bei wem eingespart wird. Alle müssen ihren Konsolidierungsbeitrag leisten. Herausgekommen ist ein Maßnahmenbündel aus Ertragssteigerung und Senkung der Aufwendungen, aber - und das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen - wir zerschlagen keine bewährten und wichtigen Strukturen.

Wir schlagen unter Beachtung und Zugrundelegung des Erlasses des Innenministers NRW vom 06.03.2009, der den Leitfaden für die Genehmigungsfähigkeit von Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung in NRW beschreibt, HSK-Maßnahmen vor, die auch hinsichtlich ihrer Priorität dem Prüfungsraster des Innenministeriums, wie er von der Kommunalaufsicht Kreis Unna anzuwenden ist, entsprechen: Also z. B. keine Einführung von Mautgebühren für Gemeindestraßen, keine Gehwegbenutzungssteuern, keine Einstellung der Transferleistungen für den Fonds „Deutsche Einheit“. Nein, wir sind sicher, nur genehmigungsfähige Maßnahmen vorzuschlagen, und zwar:

1. Steuern und Personalaufwendungen

Die Grundsteuer A und die Grundsteuer B sowie die Vergnügungssteuer wurden, wie bereits durch den Rat im Dezember 2009 beschlossen, mit Wirkung vom 01.01.2010 angehoben.

Für die Folgejahre ab 2012 ist im HSK eine Anhebung der Hundesteuer sowie in zwei Stufen bei der Gewerbesteuer beabsichtigt.

Die kalkulatorischen Zinsen bei den Entwässerungsgebühren sind ebenso ab 01.01.2010 angehoben worden und machen sich mit ca. 1,2 Mio. € jährlich auf der Habenseite bemerkbar!

Bezüglich der Personalaufwendungen ist bereits eine Reduzierung von Stellen ab dem Jahr 2010 vorgesehen mit dem Ergebnis, dass bis 2014 1,8 Mio. € eingespart werden.

2. Standards der pflichtigen Leistungen

Die Reduzierung bzw. Aufgabe freiwilliger Leistungen sind geprüft. Im

Rahmen der Maßnahmen des HSK gibt es hier eine Reduzierung sowohl bei den freiwilligen Leistungen im Bereich der Jugendhilfe als auch im Fachbereich „Kulturelle Veranstaltungen“. Auch eine Reduzierung von Zuschussbedarfen im Bereich des KiBiz-Finanzierung sowie bei der Musikschule, der Stadtbibliothek und der Volkshochschule werden vorgeschlagen. Weiterhin ist geplant, durch organisatorische Veränderungen sowie durch Veräußerung bzw. Nutzungsänderungen von städtischen Gebäuden Aufwendungen einzusparen. Ein Beispiel ist das Gebäude „Schacht III“, ein anderes ist eine angemietete Einrichtung. So benutzen z. B. nur noch wenige Schüler der 9 Bergkamener Grundschulen neben dem Hallenbad in Bergkamen-Mitte auch das „AKTIfit“ in Bergkamen-Oberaden zur Durchführung des Schwimmunterrichts. Der Nutzungsvertrag mit dem Betreiber des „AKTIfit“ läuft im März 2010 aus. Durch eine Neuorganisation ist es nach Absprache mit den Leiterinnen der betroffenen Grundschulen möglich, den gesamten Schwimmunterricht für die Bergkamener Grundschulen im Hallenbad in Bergkamen-Mitte ohne zeitliche Einschränkung durchzuführen. Der Nutzungsvertrag mit dem „AKTIfit“ braucht dann nicht mehr verlängert zu werden. Dadurch kommt es zu jährlichen Einsparungen von rund 170.000 €.

3. Finanzerträge aus Beteiligungen

Der Regierungspräsident fordert immer wieder vehement, dass die Kommunen sich besonders dieser Möglichkeit zuwenden. Wir haben uns natürlich auch mit der Frage der Erträge aus unseren Beteiligungen, mit anderen Worten Gewinnausschüttungen, befasst. Eine positive Entwicklung der Überschussbeteiligungen findet sich in der Tat auch bei den HSK-Maßnahmen wieder. So rechnen wir ab

2012 mit jährlich steigenden Finanzerträgen, und zwar sowohl bei der Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft als auch bei den Gemeinschaftsstadtwerken. Ab 2012 erwarten wir auch, dass entsprechend dem neuen Sparkassengesetz aus dem Jahr 2008 mit einem Ausschüttungsbetrag zur Erfüllung von gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben bzw. für gemeinnützige Zwecke gerechnet werden kann.

Insgesamt erwarten wir von unseren Beteiligungen, dass es zu einer Verbesserung kommen kann, die bei einer halben Million Euro jährlich liegen wird - wie gesagt, bezogen auf alle Finanzerträge.

In Anbetracht dieser Situation scheint es schon fast widersprüchlich zu sein, dass es bei den Investitionen der Stadt im kommenden Jahr nicht zum Stillstand kommen wird. Sie sind letztlich ein wichtiger Motor, um die Wirtschaftskraft anzukurbeln. Das ist uns bewusst, und insoweit verweise ich auf die Investitionen im Rahmen des Konjunkturpaketes II, die im Jahr 2010 noch rund 4 Mio. € an Vergaben mit sich bringen werden. Vor allem die Bergkamener Schulen und Sportvereine profitieren von diesem umfassenden Programm. Darüber hinaus werden wir in der Planungsperiode bis 2014 weitere 21,2 Mio. € mit sehr viel Augenmaß in zukunftsichernde Infrastrukturinvestitionen einsetzen. Die Stadt Bergkamen steht weiterhin im Wettbewerb mit anderen Kommunen. Da darf sie nicht tatenlos zuschauen, wie über Jahrzehnte Aufgebautes zerschlagen wird und sie an Attraktivität für Bürger und Unternehmen einbüßt. Im Übrigen können wir diese Investitionen tätigen, ohne uns dafür über das bisherige Maß hinaus neu zu verschulden. Mit anderen Worten: Es wird keine zusätzliche Nettokreditaufnahme geben, wobei ich aber sehr deutlich darauf hinweisen muss, dass der bisher vorgesehene städtische Finanzierungsanteil in Höhe von 6,3 Mio. €,

verteilt auf 5 Jahre, für die Wasserstadt Aden noch nicht veranschlagt ist. Sollte es hier, wie von uns gewünscht, durch entsprechende Beschlüsse und Intensionen des Kreises und der Region zu einer Bewilligung von Landes- und EU-Mitteln kommen, müssen wir im Laufe des Jahres einen genehmigungsfähigen Nachtragshaushaltsplan aufstellen.

Das ist der richtige Weg, denn es handelt sich zweifellos um eine nicht nur regional, sondern auch finanziell bedeutsame Maßnahme, die tatsächlich erst veranschlagt werden kann, wenn die verbindlichen Finanzierungszusagen auf dem Tisch liegen. Immerhin geht es um eine Fördersumme von über 40 Mio. € und einen städtischen Eigenanteil von 6,3 Mio. €, der über Kredite zu finanzieren sein wird.

Der Programmschwerpunkt der Infrastruktur liegt in den nächsten Jahren weiterhin bei der energetischen Sanierung der Schulen, insbesondere der Willy-Brandt-Gesamtschule, die nicht mit KP-II-Mitteln finanziert wird, und bei den Investitionen in Höhe von 1,5 Mio. € für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Bergkamen. Für jede Löschgruppe sind in den nächsten vier Jahren Ersatzbeschaffungen für Fahrzeuge vorgesehen, und im Jahr 2014 ist der Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Bergkamen-Rünthe eingeplant.

Einen vergleichbaren Finanzierungsvorbehalt wie für die Landmarke haben wir für die Realisierung der römischen Holz-Erde-Mauer vorgesehen. Sponsoren und Zuschüsse ohne städtische Beteiligung sollen das Projekt zu 100 % gegenfinanzieren.

Zudem wird mit einem Investitionsvolumen von allein 11,9 Mio. € im Jahr 2010 das städtische Kanalnetz erneuert - Maßnahmen, die zwar bei der

Ausführung nicht immer auf unmittelbare Begeisterung der Anlieger stoßen, aber der Notwendigkeit des Umweltschutzes, des Schutzes des Grundwassers und natürlich einer in die Zukunft gerichteten ordentlichen Klärung der Abwässer am Ende dienen. Und noch eins: Auch diese über 11 Mio. € Investitionen in das Kanalvermögen belasten nicht den städtischen Haushalt, da sie bis auf den letzten Cent durch Entwässerungsgebühren gegenfinanziert werden.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, lassen Sie mich einmal unseren ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss zitieren, der einmal gesagt hat „Sparen ist die richtige Mitte zwischen Geiz und Verschwendung.“ Oder ich will es mal so sagen: Auf der einen Seite müssen wir sparen, dürfen aber auf der anderen Seite wichtige, bewährte und zukunftssträchtige Bereiche nicht „kaputtsparen“. Auf der anderen Seite müssen wir weiter investieren, aber wie wir Ihnen vorschlagen, mit sehr viel Augenmaß, um unsere Infrastruktur zu erhalten, zielführend und sinnvoll auszubauen.

Erlauben Sie mir zum Abschluss einen kleinen Exkurs zur Sinnhaftigkeit des NKF: Für die Kommunen in NRW hat das Land als erstes Flächenland in Deutschland 2005 eine Eröffnungsbilanz nach kaufmännischen Regeln verlangt. Der Innenminister sagte bei der Einführung, es gehöre Mut dazu, ein solch schonungsloses realistisches Bild über die Finanz- und Ertragslage zu zeichnen. Weiter: Die transparente Abbildung der tatsächlichen Vermögens- und Ertragslage wird es dem Land als Gesetzgeber künftig erlauben, die ganze Tragweite seiner Entscheidungen zu erkennen und zu bewerten. Das ist eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt der politischen Handlungsfähigkeit der Kommunen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich teile diese Ansichten. Es ist wichtig, transparent offen zu legen, welche Aufwendungen die Kommunen wirklich haben und inwieweit dieser Aufwand durch Steuererträge der heutigen Steuerpflichtigen gedeckt wird oder ob Defizite nur in die Zukunft verschoben werden. Konsequenz müsste sein, diesen Aufwand massiv zu reduzieren und/oder die Steuern zu erhöhen. Die Erkenntnisse, die das NKF bietet, sind aber dann ohne Wert, wenn die politische Kraft und die Möglichkeiten fehlen, dies auch umzusetzen. Die Kommunen müssen im Spagat zwischen Aufgaben und Finanzausstattung auch eine ehrliche Chance haben, einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Und mit der gegenwärtigen Finanzstruktur in unserem Land Nordrhein-Westfalen ist dies nicht zu erreichen, denn ansonsten wären von den 10 Städten und Gemeinden, die den Kreis Unna bilden, alle ohne Ausnahme in der Haushaltssicherung, einige sogar im Nothaushaltsrecht. Und dass der Kreis selbst bilanziell überschuldet ist, wissen wir seit der regelmäßigen Erhöhung der Kreisumlage!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadt Bergkamen

Sitzung des Rates am 04.02.2010



...natürlich
BERGKAMEN

1. Finanzplanung des Ergebnisplanes 2010 bis 2014

	einschl. HSK-Maßnahmen		ohne HSK-Maßnahmen			
	2010 €	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €	
Ordentliche Erträge	92.087.174	102.367.746	102.163.764	107.125.493	111.982.433	
+ Finanzerträge	3.449.205	3.505.705	3.624.899	3.748.146	3.875.582	
+ Erträge aus internen Leistungsverrechnungen	3.364.364	3.349.792	3.383.290	3.417.128	3.451.299	
= Erträge insgesamt	98.900.743	109.223.243	109.171.953	114.290.767	119.309.314	
Ordentliche Aufwendungen	111.934.978	110.612.505	112.328.412	114.227.320	116.842.051	
+ Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.436.000	3.545.000	3.665.530	3.790.158	3.919.024	
+ Aufwendungen aus internen Leistungsverrechnungen	3.364.364	3.349.792	3.383.290	3.417.128	3.451.299	
= Aufwendungen insgesamt	118.735.342	117.507.297	119.377.232	121.434.606	124.212.374	
Jahresergebnis	- 19.834.599	- 8.284.054	- 10.205.279	- 7.143.839	- 4.903.060	
ohne HSK	- 20.081.206	- 9.013.044				

**2. Darstellung und Inanspruchnahme der Rücklagen
(Ausgleichsrücklage und allgem. Rücklage)
zum Haushaltsausgleich in den Jahren 2007 bis 2009**

Vorauss. Stand Am	Eigenkapital insgesamt T€	davon Allg. Rücklage T€	davon Ausgleichsrüchl. T€	Reduzierung Ausgleichs- rücklage T€	Reduzierung Allg. Rücklage T€	Vorauss. Stand am Jahresende T€
01.01.2007	104.116	83.815	20.301	3.202 ¹⁾	0	100.914
01.01.2008	100.914	83.815	17.099	7.511 ²⁾	0	93.403
01.01.2009	93.403	83.815	9.588	9.588 ³⁾	1.010	82.805

1) Voraussichtliches Jahresrechnungsergebnis 2007

2) Voraussichtliches Jahresrechnungsergebnis 2008

3) Budgetbericht FDI zum 30.10.2009, Verringerung der allgemeinen Rücklage um 1.010 T€ = 1,21 %

3. Darstellung und Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage zum Haushaltsausgleich in den Jahren 2010 bis 2014 (ohne HSK-Maßnahmen)

Voraussichtl. Stand am	Allgemeine Rücklage Eigenkapital T€	Reduzierung der allgemeinen Rücklage		Voraussichtl. Stand am Jahresende €
		€	%	
01.01.2010	82.805	20.081	24,25 *)	62.724
01.01.2011	62.724	9.013	14,37 *)	53.711
01.01.2012	53.711	10.205	19,00	43.506
01.01.2013	43.506	7.144	16,42	36.362
01.01.2014	36.362	4.903	13,48	31.459

*) Verringerung der allgemeinen Rücklage in zwei aufeinanderfolgenden Jahren um mehr als 5 % (Haushaltsjahre 2010 und 2011; 2009 voraussichtlich 1,21 %)



Erfordernis zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) gemäß § 76 Abs. 1 GO NRW (siehe Band II)

4. Fehlbedarfe/Überschuss unter Einbeziehung der HSK-Maßnahmen

	2010 €	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €
Finanzplanung Entwurf Haushalt 2010/2011	- 20.081.206	- 9.013.044	- 10.205.279	- 7.143.839	- 4.903.060
HSK-Maßnahmen	246.607	728.990	2.278.692	3.070.929	4.940.452
Fehlbedarf/Überschuss	- 19.834.599	- 8.284.054	- 7.926.587	- 4.072.910	37.392

Aus der obigen Tabelle ist ersichtlich, dass nach Umsetzung sämtlicher Maßnahmen des Haushalts-sicherungskonzeptes im Jahr **2014** erstmalig die Erträge die Aufwendungen gering übersteigen und somit **kein Eigenkapitalverzehr** mehr stattfindet. Die Umsetzung der HSK-Maßnahmen der Jahre 2010/2011 ist buchungsstellenscharf in den Entwurf 2010/2011 eingearbeitet und somit auch in der Haushaltssatzung enthalten.

5. Stand Finanzplanung Entwurf 2010/2011 unter Einbeziehung der HSK-Maßnahmen

Darstellung und Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage zum Haushaltsausgleich in den Jahren 2010 bis 2014

Voraussichtl. Stand am	Allgemeine Rücklage Eigenkapital T€	Reduzierung/Aufstockung der allgem. Rücklage		Voraussichtl. Stand am Jahresende €
		T€	%	
01.01.2010	82.805	- 19.835	23,95	62.970
01.01.2011	62.970	- 8.284	13,16	54.686
01.01.2012	54.686	- 7.927	14,50	46.759
01.01.2013	46.759	- 4.073	8,71	42.686
01.01.2014	42.686	+ 37	0,00	42.723



Haushaltssicherungskonzept (HSK) genehmigungsfähig!

6. Zusammenfassung der Investitionen im Finanzplanungszeitraum 2010 bis 2014

	2010 €	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit					
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.714.000	4.454.000	4.116.000	1.896.000	2.036.000
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	853.675	857.675	995.675	710.675	818.675
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gesamt	4.717.675	5.461.675	5.261.675	2.756.675	3.004.675
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit					
Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen *)	4.469.355	2.908.355	3.148.383	2.716.621	2.773.530
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen (Erlöse)	152.250	2.351.500	2.054.500	151.500	151.500
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen (Arbeitgeber-/Wohnungsbaudarlehen)	22.200	21.600	21.000	20.800	19.000
Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	135.000	135.000	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gesamt *)	4.778.805	5.416.455	5.223.883	2.888.921	2.944.030
Saldo aus Investitionstätigkeit *)	1.504.399	1.610.749	1.656.549	1.541.549	1.791.349
./. Rentierliche Auszahlungen (Friedhöfe)	65.000	40.000	15.000	25.000	15.000
./. Tilgung	1.515.000	1.655.000	1.705.000	1.755.000	1.805.000
= Nettokreditaufnahme	- 75.601	- 84.251	- 63.451	- 238.451	- 28.651

*) ohne Schul-, Bildungs- und Sportpauschale (Einzahlung wird als Ertrag im Ergebnisplan verbucht)

7 Wirtschaftspläne des SEB und des EBB

	SEB	EBB
Erträge	17,2 Mio. €	5,4 Mio. €
Aufwendungen	14,6 Mio. €	5,2 Mio. €

Das Investitionsvolumen beläuft sich beim SEB für das Jahr 2010 auf 11,9 Mio. € und beim EBB auf 0,5 Mio. €.